

ebh elternbrief

elternbund hessen e.V. mitdenken · mitwirken · mitentscheiden

Nr. 120 · August 2018 · Preis 2,50 Euro



Leseprobe

Hessen hat die Wahl

28. Oktober 2018

**„Was Schülerinnen und Schüler,
Eltern und Lehrkräfte von der
nächsten Landesregierung
erwarten.“**

**Einladung zur ebh-
Mitgliederver-
sammlung**

Seite 3

Redaktionsecke	2	<i>Liebe Leserinnen, liebe Leser,</i>
Einladung zur ebh-Mitgliederversammlung	3	<i>zum Anfang des Schuljahres 2018/2019 legen wir Ihnen unseren neuen ebh-elternbrief vor. Am 28. Oktober wird in Hessen ein</i>
Liebe Leserinnen und Leser Ein Brief an die Eltern Von Emely Dilchert (LSV)	4	<i>neuer Landtag gewählt. Anlass für uns, Schülerinnen und Schüler, Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer nach ihren Wünschen</i>
Schule aus Schülersicht Ergebnisse der Umfrage der Landesschülervertretung	5	<i>und Forderungen an die nächste Landesregierung zu fragen. Über eine Forderung sind sich unsere Autorinnen und Autoren alle</i>
Schulen der Zukunft – untergebracht in Provisorien?! Von Eckhard Gathof	6	<i>einig: Hessen muss viel mehr in Bildung investieren!</i>
Schulbauten und Schulausstattung Von David Böhne	8	<i>Wenn man sich die Landtagswahlprogramme der demokratischen Parteien anschaut, fällt auf, dass alle dem Thema Bildung großes</i>
Es ist „5 vor 12“: Bildung braucht deutlich bessere Bedingungen! Von Maïke Wiedwald	10	<i>Gewicht zusprechen und sich für mehr Chancengleichheit an Hessens Schulen einsetzen wollen. Bei der Frage, wie das erreicht werden soll, gehen die Meinungen</i>
Auf dem Weg zu einer inklusiven Schule – aus der Geschichte der inklusiven Bewegung Von Birgid Oertel	12	<i>dann schon sehr weit auseinander. Gegliedertes Schulsystem oder Gemeinsames Lernen? Inklusiv Schulen als Regel oder doch</i>
Elternmitwirkung in Kindergarten und Schule – mehr als Kuchenbacken Von Susanne Gärtner-Koske	14	<i>das Förderschulsystem beibehalten? Ganztagschulen für alle oder nur als freiwilliges</i>
„Elternbeteiligung lohnt sich“ Ein Interview mit Koran Ekinci	16	<i>Angebot? Investitionen ja, aber wie viel und für was? Und woher soll das Geld kommen?</i>
„Clever lernen“ Eine Rezension von Detlef Träbert	17	<i>Wir hoffen, dass die Beiträge in diesem Elternbrief Ihr Interesse finden und wünschen Ihnen und Ihren Kindern ein gutes</i>
RAT UND HILFE	18/19	<i>Schuljahr.</i>
Eltern fordern eine drastische Erhöhung der Bildungsausgaben in Hessen! Ein Interview mit Klaus Wilmes-Groebel	20	<i>Mit freundlichen Grüßen Ihre Redaktion</i>
Kein Kind zurücklassen Bericht der Enquetekommission des Landtags Von Harald Freiling	21	Impressum
Deutscher Schulpreis – Deutscher Kita-Preis	23	elternbrief 120 · August 2018
Teste verfassen mit der Anlauttabelle Gastbeitrag von Ilse Marie Krauth	24	Herausgeber: elternbund hessen e.V. Oeder Weg 56 · 60318 Frankfurt Telefon: 069 553879 · Fax: 069 5962695 E-Mail: info@elternbund-hessen.de Internet: www.elternbund-hessen.de IBAN: DE 45 5001 0060 0415 7306 04 BIC: PBNKDEFFXXX · Postbank Frankfurt Redaktion: Hannah de Graauw-Rush, Klaus Wilmes-Groebel (verantw.)
(Kein) Kinderkram Warum die Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung wichtig für alle ist Von Hannah Abels	25	Layout und Druckvorlage: gdfstudio@t-online.de
ebh aktiv · In eigener Sache	26	GDF Studio Albert Wiedenmann, Frankfurt
Pinnwand	27	Druck: Druckerei Ahrend GmbH, Baunatal
Die ebh-Elternratgeber	28	Auflage: 3.000 elternbrief-Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten

Liebe Leserinnen und Leser,

als Landesschulsprecherin gebührt mir die Ehre, zum Beginn des Schuljahres einige Worte an Sie zu richten. Den Fokus möchte ich auf die anstehenden Landtagswahlen richten und die Probleme, Wünsche und die generelle Sicht auf unsere Schule aus der Sicht einer Schülervertreterin darstellen. Ich spreche dabei für Hessens Schülerschaft (ca. 700.000 - 800.000 Schülerinnen und Schüler) und richte mich nach den Beschlüssen unseres Gremiums.

Wir als Landesschülervertretung, die die Interessen von jungen Erwachsenen und Kindern, die in die Schule gehen vertreten, sind insbesondere an den Themen Bildungspolitik sowie Kinder- und Jugendpolitik interessiert. Wir haben uns viele Gedanken darüber gemacht, welche Probleme für unsere Mitschülerinnen und Mitschüler am größten sind, welche Maßnahmen wünschenswert sind und welche Ansprüche wir an unser Schulsystem haben. Gerade weil die Politikerinnen und Politiker in unserem Auftrag Entscheidungen treffen, haben wir Anforderungen und Anreize für die neue Regierung. Dass Lernmittelfreiheit, Digitalisierung und Schulqualität mehr Raum in der politischen Debatte bekommen sollen und dringend behandelt werden müssen, wurde durch die Vorstandsklausurtagung sowie die Beschlusslage der Landesschülervertretung nochmal besonders deutlich.

Lernmittelfreiheit

Ein sperriges Wort mit mehr Bedeutung als man denkt. Wir haben uns als Vertretung von Schülerinnen und Schülern verschiedener Altersgruppen mit den Kosten für gute Bildung beschäftigt. Wir sind zu dem Ergebnis gelangt, dass Geld für gute Bildung unabdingbar ist. Das mag für einige Menschen keine Überraschung sein und für andere auch nicht zwangsläufig der Weltuntergang, doch das Auseinanderklaffen sozialer Milieus, was stetig von Studien untersucht und belegt wird, beginnt in der Schule. Ein Ungleichgewicht in der Gesellschaft stellt durchaus ein nachhaltiges Problem dar.

So positionierten sich auch Wissenschaftler zu den Veränderungen im Bildungswesen: „*Ein öffentliches Schulsystem müsse für vergleichbare Chancen sorgen und ein Mindestmaß an Fähigkeiten vermitteln – im Interesse der Jugendlichen und der Gesellschaft*“, unterstreicht Professor Nils Berkemeyer von der Friedrich-Schiller-Universität Jena*. „*Staatliche Einrichtungen sind dafür verantwortlich allen jungen Kindern und Jugendlichen in Deutschland Bildung zugänglich zu machen, um Perspektiven für ein lebenswertes Leben zu schaffen*“ (Zitat Nils Berkemeyer und Wilfried Bos)*.

Daraus entwickelten wir die Forderung nach Lernmittelfreiheit in Hessen. Wir möchten nicht, dass sich nur fünf von fünfundzwanzig Kindern die Schullektüre kaufen können, zehn Kinder ihre Eltern vor eine außerordentliche Investition stellen und weitere zehn ausschließlich in der Schule ein Buch zur Verfügung haben, weil der Nachbar oder die Nachbarin so freundlich ist und die Lektüre teilt. Wir sehen hier großen Handlungsbedarf, denn es sind die Beträge zwischen fünf und fünfzig Euro, die zusammen gerechnet mehr sind als man oft denkt.

Des Weiteren sind Klassenfahrten, Ausflüge, Museumsbesuche, Colledgeblöcke, Arbeitshefte (in mehreren Sprachen), Bücher zur Abschlussvorbereitung (Stark-Hefte) etc. hohe Ausgaben und somit Unsummen an Geld, die auf Elternhäuser umgelegt werden. Dabei haben wir noch nicht über die Kopierkosten der Lehrkräfte gesprochen und die vertiefenden Materialien, die Lehrerinnen und Lehrer privat finanzieren, da Schulbücher aus den 1980er Jahren für Unterricht in Sekundarstufen verwendet werden.

Für uns ist Lernmittelfreiheit ein Schritt in die tatsächliche und umfassende Chancengerechtigkeit, die wir fordern und für notwendig halten für eine Gesellschaft, in der wir gerne unsere Zukunft verbringen.

Digitalisierung

Ein weiterer Punkt unserer Agenda für die Landtagswahlen ist die Digitalisierung und die Schule der Zukunft. Wir erwarten von den Bildungspolitikern und Bildungspolitikern Strategien und Pläne, wie Kindern und Jugendlichen der Umgang mit Medien so beigebracht werden kann, dass technische Geräte mehr sind als nur Spielekonsolen für Unterwegs oder das Soziale Netzwerk in der Hosentasche. Wir verstehen die Digitalisierung als einen weiteren Aspekt in Schule. Ein solcher Schritt kann nicht ausgeklammert werden oder vorausgesetzt werden oder ziellos angegangen werden.

Auch Lernen mit digitalen Medien darf nicht konzeptfrei geschehen. Stellen Sie sich vor, Sie sind ein Arbeitgeber und suchen eine Auszubildende oder einen Auszubildenden. Hätten Sie die Wahl zwischen einer Person mit Computerkenntnissen und der Befähigung des 10-Finger Tippens und jemanden, der oder die das nicht kann, würden Sie die Person mit mehr technischen Kenntnissen nehmen? Natürlich, eine logische und rationale Entscheidung, da das 21. Jahrhundert diese Kenntnisse voraussetzt. Aber es wird in der Schule nicht vermittelt. Glauben Sie, dass Schülerinnen und Schüler mit Befähigungen dieser Art die Schule verlassen?

Die Konsequenz ist so traurig wie wahr: Menschen, die sich diese Kompetenzen aneignen wollen, geben entweder Geld dafür aus oder versuchen es auf eigene Faust in der Freizeit zu lernen. Der Gedankengang zeigt es: Jugendliche sind noch nicht auf die digitalisierte Arbeitswelt eingestellt.

Daher fragen wir explizit nach der Einsetzung von neuen Geräten in den entsprechenden Schulen, der individuellen Anpassung an den Schüler oder die Schülerin und entsprechende Fortbildung der Lehrkräfte.

Wir wünschen uns eine gelungene Digitalisierung, die gemeinsam mit Jugendlichen erarbeitet wird und in der erst der Bedarf in den Schulen geklärt wird. Jede Schule hat indivi-

duelle Ressourcen und Bedürfnisse. Deswegen muss mit einem Plan, der Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler und auch die Eltern einbindet, eine sinnvolle Umsetzung stattfinden.

Schulqualität

Das Thema Schulqualität ist eine heikle Angelegenheit, denn wir sprechen über die Leistungen von meist Beamten und in jedem Fall von studiertem Fachpersonal. Können sich Jugendliche erlauben an diesen Menschen Kritik zu üben? – **Ja!** In Deutschland sind alle Kinder und Jugendliche verpflichtet in die Schule zu gehen und das ist eine wichtige Säule zur Entwicklung von uns als Nachwuchs. Deswegen ist es umso wichtiger, für individuelle Bedürfnisse ein offenes Ohr zu haben und Wissensvermittlung mit didaktischem und pädagogischem Wert zu erleben.

Wir fragen uns also: Kann dieser Anspruch in einem Klassenraum mit derzeit bis zu 30 Schülerinnen und Schülern Realität werden? Vergleichen wir Deutschland und seine Bildungsaus-

gaben mit anderen Bundesländern und mit anderen Staaten. Sarah Dreyer schreibt für Bildungsexperten.net: „Mit 4,0 % Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt wird nur der drittletzte Platz erreicht. Tonangebend ist in diesem Bereich Dänemark – hier werden immerhin 8,3 % des BIP in die Bildung investiert.“ Für uns ist das ein Zeichen von großen Versäumnissen, denn letztlich bedeuten Investitionen in Bildung langfristig mehr Wirtschaftsleistung, mehr Menschen, die sich selbst versorgen können und mehr Jugendliche mit Perspektiven.

Daher ist der Wunsch nach einer Etaterhöhung für unsere Bildung legitim und erforderlich. Bei dem ständig diskutierten Unterrichtsausfall und dem hohen Lehrkräftemangel sehen wir Defizite in der Qualität und Quantität des Unterrichts.

Abschließend möchte ich noch sagen: Es ist ein besonderes Jahr für uns als Landeschülervertretung, die Landtagswahlen im Oktober sowie die Auswertung unserer Schülerbefragung haben ein breit aufgestelltes Meinungsbild von Schülerinnen und Schülern in Hessen

ermöglicht. Wir fordern Beteiligung bei diesen konkreten Punkten und darüber hinaus ein Konzept zur Einbindung von Schülerinnen und Schülern um Partizipation tatsächlich umzusetzen.

Die Stimme der Schülerinnen und Schüler muss ein größeres Gewicht bekommen.

Mit diesen Worten erfreue ich mich am neuen Schuljahr und begrüße die Eltern in der Elternvertretung! Ich bedanke mich bei allen Eltern, die sich engagieren und ihre Kinder bei dem Weg durch die Institution Schule unterstützen.

Herzliche Grüße
Emely C. Dilchert
Landesschulsprecherin

Quellen:

* <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2017/maerz/deutschlands-schulsysteme-bessere-chancen-fuer-kinder-und-jugendliche-aber-einige-baustellen-bleiben/>
** <https://www.bildungsexperten.net/wissen/der-deutsche-bildungsstand-im-internationalen-vergleich/>

Schule aus Schülersicht

Ergebnisse der Umfrage der Landeschülervertretung

Die Landeschülervertretung (LSV) Hessen hat zwischen Dezember 2017 und März 2018 eine Umfrage durchgeführt, an der sich über 50.000 Schülerinnen und Schüler beteiligt haben (siehe ebh-elternbrief 119, S. 21). Die Ergebnisse geben zu denken. Obwohl Dreiviertel der Schülerinnen und Schüler angeben, weitgehend gerne zur Schule zu gehen, sollte man sich ernsthaft fragen aus welchen Gründen die restlichen 25 Prozent das nur ungerne tun. Möglicherweise findet man die Antworten in den drei Hauptproblembereichen, die die Umfrage darlegt: Mobbing und Diskriminierung, Unterrichtsausfall, Hausaufgaben.

Mobbing und Diskriminierung

Für viele Schülerinnen und Schüler ist Mobbing und Diskriminierung an der Schule ein großes Thema, dazu ein Thema, das unzureichend thematisiert wird. Zweidrittel der Befragten berichten von eigenen Erfahrungen mit Mobbing: 27 % als Opfer, 21 % als Opfer-Unterstützer, 9 % als Täter, 15 % als Mittäter und 38 % als Beobachter. Auf die Frage, ob Mobbing und Diskriminierung thematisiert werden, antworten 33 % mit ja und Zweidrittel mit „nicht“ oder „eher nicht“.

Unterrichtsausfall

Die Landesregierung betont immer wieder, dass es in Hessen „im Regelfall“ keinen Unterrichtsausfall gibt und weist hin auf die 105 % Lehrerversorgung. In den Schulen herrscht ein anderes Bild: mehr als 40 % der Schülerinnen und Schüler berichten, dass oft Unterricht ausfällt, in der

Oberstufe sogar mehr als die Hälfte. Der Vertretungsunterricht wird von der Hälfte der Schülerinnen und Schüler als wenig sinnvoll erfahren.

Hausaufgaben

Hausaufgaben betrachten die meisten Schülerinnen und Schüler, vor allem die in den höheren Jahrgängen, als „Stress“. Nur ein Drittel hält Hausaufgaben für „sinnvoll“, ein Drittel meint „teilweise sinnvoll“ und das restliche Drittel sieht keinen Sinn in Hausaufgaben. Ein weiteres Problem bei den Hausaufgaben besteht darin, dass 30 % regelmäßig Hausaufgabenhilfe in Anspruch nehmen.

Alle Ergebnisse der Umfrage finden Sie im Internet unter www.lsv-hessen.de

